

50X1-HUM

Page Denied



SED-Pressedienst (PD)

REDAKTION: BERLIN C2 · WALLSTR. 76-79

FERNRUF: 672158 · 672458 · 672635

Inhaltsverzeichnis

vom 18. Mai 1949

Glückwunsch zu Walter Belings 50. Geburtstag
Walter Beling 50 Jahre
Sieg und Aufgabenstellung

Nachrichten

Volkskongress - gewählte Vertretung der Deutschen
66,1 % Ja-Stimmen in Berlin und der Ostzone
Wilhelm Koenen zum Wahlresultat
Einer Meinung in West und Ost
Wir wollen selbst bestimmen
Der richtige Zeitpunkt
Schaffende Jugend kennt wenig Gegensätze
Grenzbauern verständigen sich
Schlagbäume müssen verschwinden
Wunsch nach Einheit kann verwirklicht werden
Im täglichen Kampf für ein besseres Leben
Chemiearbeiter im Wettbewerb
Fachleute sollen Schrott überprüfen
Bauernlob für Traktoristen
Bildungskollektive - der Weg zum Arbeiter- und Bauernstudium
Sächsische Volksbetriebe erhalten neue Exportaufträge aus Polen
Unternehmer bestreiten Frauenrecht auf freien Hausarbeitstag
Vor dem 3. Parlament der Freien Deutschen Jugend
"Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" Nr. 10

Aus Theorie und Praxis

Wettbewerb im Beschlussfassen? (von Guste Zörner)

Pressestimmen

Bremen - ein Nazi-Heldorado
Christlicher Pressedienst für gesamtdeutsche Lösung

Kommentare

Geschlagene Spalter heulen
Mehr Plandisziplin
Zum 75. Geburtstag des Genossen Hermann Duncker am 24. Mai (G.Kr.)

Stimmen des Auslandes

Wirtschaftskrieg zwischen Marshall-Ländern
Sklavenhandel in Bad Kissingen
Nur Dollar retten Franco
Ho Schi Minh, der wahre Vertreter Vietnams

Zur Information

Aus dem Wahlprogramm der Vaterländischen Front in Bulgarien
Krise in Trizonien

Pressedienst
(FD)

18. Mai 1949

Zum 19. Mai 1949

Glückwünsche zu Walter Belings 50. Geburtstag

Lieber Genosse Walter Beling!

Im Namen des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands übermitteln wir Dir zu Deinem 50. Geburtstage unsere herzlichsten Glückwünsche.

Deine Erlebnisse während des 1. Weltkrieges hatten Dir die Augen über das Wesen des imperialistischen Krieges geöffnet und machten Dich zum leidenschaftlichen Kämpfer gegen den preussischen Militarismus und zu einem begeisterten Anhänger des Sozialismus. Aus dieser Erkenntnis heraus nahmst Du aktiven Anteil am Aufstand der Kieler Matrosen und nach Deiner Rückkehr nach Berlin an den Kämpfen der revolutionären Berliner Arbeiter. Durch Deine gewerkschaftliche Arbeit bei der Führung von Streiks wurdest Du wiederholt gemassregelt und lerntest das Schicksal des Arbeitslosen kennen. Das Studium der Schriften von Marx, Engels und Lenin wurde Dir zum tiefgründigsten Ereignis Deines Lebens und führte Dich im Jahre 1924 zur Kommunistischen Partei, wo Du als aktiver Funktionär tätig warst. Die Genossinnen und Genossen des Bezirks Prenzlauer Berg erinnern sich noch mit Freude an die Zeit, in der Du mit der Dir eigenen Umsicht und Gründlichkeit diesen Bezirk geleitet hast. Als Lehrer an der Berliner Parteischule und der Reichsschule der Kommunistischen Partei hast Du Dein Wissen dem Nachwuchs der Partei vermittelt.

Im Juli 1933 wurdest Du verhaftet und vom Volksgerichtshof Berlin zu 2½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Auch im Zuchthaus Luckau stelltest Du Deine revolutionäre Tätigkeit für die Partei nicht ein. In der Emigration in der Tschechoslowakei und in Frankreich bist Du unermüdlich in der antifaschistischen Arbeit tätig gewesen.

Durch den Vertrieb des illegalen Parteimaterials, durch die Mitarbeit an der "Roten Fahne" und am Freiheitssender gabst Du den Arbeitern in Deutschland die geistigen Waffen im Kampf gegen den Faschismus, und nach der Besetzung Frankreichs schriebst Du Flugblätter an die deutschen Soldaten, sich nicht für die Verbrechen der machtgierigen deutschen Monopolkapitalisten missbrauchen zu lassen.

1945 berief Dich die Partei auf eine verantwortungsvolle Arbeit in Berlin. Seit der Gründung der Sozialistischen Einheitspartei wurdest Du mit der Leitung der Organisationsabteilung betraut und der 2. Parteitag wählte Dich zum Mitglied des Parteivorstandes.

Die Arbeiterbewegung sieht in Dir jenen Typ des harten Kämpfers, der trotz Terror und Kerker immer zur Partei des Sozialismus steht. Du bleibst der aufopferungsvolle Genosse und der ständige Freund aller friedliebenden, aufrechten Menschen, die unsere Partei braucht, um die Massen zu einem glücklicheren und besseren Leben zu führen. Wir wünschen Dir auch fernerhin Gesundheit und Freude an der Arbeit zur Erreichung unseres gemeinsamen Ziels, dem Aufbau eines Deutschlands des Friedens, des Fortschritts und des Sozialismus.

Mit sozialistischem Gruss!
Otto Grotewohl Walter Ulbricht

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

Walter Beling 50 Jahre

(PD)

Wer unsern Genossen Walter Beling kennt, wird von dieser Nachricht überrascht sein. Er wirkt in seinem Ausseren, mit seinem Wesen und Temperament eher als ein vierziger denn als ein Mann, dem wir heute zu seinem 50. Geburtstag gratulieren.

Der Kampf war unserem Walter Beling von früher Jugend Lebenselement. Als Sohn eines Heimarbeiters musste er schon als Schuljunge helfen, für den Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Nach beendeter Lehrzeit als Maschinenschlosser zwang ihn das kaiserliche Regime in den Waffenrock. Sein Vater fiel an der Front. Seine eigenen schrecklichen Erlebnisse als Soldat machten ihn zum leidenschaftlichen Kämpfer gegen den Völkermord, aber auch zu einem Kämpfer gegen die Ursachen des imperialistischen Krieges, gegen das kapitalistische Regime. So stand Genosse Beling im November 1918 inmitten der aufständischen Matrosen und Soldaten in Kiel und beteiligte sich aktiv an den revolutionären Kämpfen in Berlin. In den ersten Jahren der Novemberrepublik wurde er auf Grund seiner gewerkschaftlichen Aktivität, der Organisierung von Streiks häufig gemärgelt und lernte das karge Brot des Arbeitslosen kennen.

Im Jahre 1924 trat Genosse Beling der Kommunistischen Partei Deutschlands bei und war vom ersten Tage seines Eintritts aktiver Funktionär. Von der Pieke auf dienend lernt er gründlich die Arbeit des kleinen Funktionärs kennen, jahrelang führt er den Bezirk Prenzlauer Berg in Groß-Berlin. Heute noch erinnern sich viele Genossinnen und Genossen an die Zeit, in der Walter Beling mit seiner ihm eigenen Umsicht und Gründlichkeit den Bezirk Prenzlauer Berg leitete. Ständig an sich selbst arbeitend, die entscheidenden Werke des Marxismus-Leninismus gründlich studierend, wirkte er selbst Ende der zwanziger Jahre als Kursus-Lehrer an der Berliner Parteischule und später an der Reichsschule der KPD.

1933 gehörte Walter Beling zu den verantwortlichen Funktionären des illegalen Zentralkomitees der KPD. Im Juli 1933 wird er verhaftet und zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus wegen Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Aber auch im Zuchthaus Luckau und nach seiner erfolgten Entlassung führte Genosse Beling den Kampf weiter. Einer drohenden neuen Verhaftung entzieht er sich durch die Flucht in die Tschechoslowakei. Dort und später in Frankreich leitete er den Vertrieb von antifaschistischem Material nach Deutschland. Nach dem Ausbruch des Krieges und der Besetzung Frankreichs durch deutsche Truppen verfasste er selbst Flugblätter mit der Aufforderung an die deutschen Soldaten, sich nicht für die Verbrechen des machtgierigen deutschen Monopolkapitals und für die Zwecke des Hitlerfaschismus missbrauchen zu lassen.

Im Oktober 1945 kehrte Genosse Beling aus der Emigration zurück. Zuchthaus, Emigration und Illegalität hatten ihm in seinem sozialistischen Bewusstsein und seiner Tatkraft gestärkt. Die Partei stellte ihn auf verantwortungsvolle Funktionen. Seit der Gründung der SED leite er die Organisationsabteilung und der zweite Parteitag wählte ihn zum Mitglied des Parteivorstandes. In Walter Beling besitzt die sozialistische Arbeiterbewegung jenen Typ des harten Kämpfers, aufopferungsvollen Genossen, verständigen Freundes für alle friedliebenden aufrechten Menschen, die unsere Partei braucht, um die Massen zu einem glücklichen und besseren Leben zu führen. Wir gratulieren unserem Genossen Walter Beling und wünschen ihm auch fernerhin Gesundheit, Freude in seiner Arbeit und Erfolg in der Erreichung unseres gemeinsamen großen Ziels.

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

Sieg und Aufgabenstellung

Walter Ulbricht über die Lage nach den Volkskongresswahlen

B e r l i n (PD)

In einem richtungweisenden Referat über das Thema "Warum Nationale Front?" gab Walter Ulbricht als Vertreter des Politbüros der SED vor 600 der aktivsten Berliner Funktionäre eine Einschätzung des Wahlergebnisses und der politischen Lage nach den Wahlen. Einleitend führte Walter Ulbricht u.a. aus:

"Als die Vertreter der Westmächte nach der Londoner Konferenz die Spaltung Deutschlands durchführten, rief der Deutsche Volksrat auf, dem sich daraus ergbenden nationalen Notstand die nationale Selbsthilfe entgegenzusetzen. Die ~~s e w a h l e n~~, in denen für den Frieden und die Einheit Deutschlands gegen Besatzungsstatut und koloniale Versklavung Deutschlands abgestimmt wurde, bei denen zum 3. Volkskongress gewählt wurde, sind ein Sieg der Friede. Sieben Kräfte in ganz Deutschland. Die Kriegshetzer in den USA und in England, in Frankfurt und Bonn haben eine Niederlage erlitten. Die Wahlen zum 3. Volkskongress, der bald stattfinden wird, haben gezeigt, daß die Kräfte, die den Frieden und die Einheit Deutschlands wollen, gewachsen sind und daß sie in geheimer Abstimmung in der Ostzone und in Berlin einen gewaltigen Erfolg erzielt haben."

Der Redner erklärte weiter:

"Als das Wichtigste im gesamten Wahlergebnis erscheint mir das Ergebnis von Groß-Berlin, warum? Als in Berlin die Stadtverordnetenwahlen stattfanden, haben 20% für die Einheit Deutschlands gestimmt, jetzt aber waren es im sowjetischen Sektor 58,1%. Das ist ein gewaltiger Fortschritt. Das zeigt, daß die Später, die alle Kräfte eingesetzt haben, um ein Wahlergebnis herbeizuführen, das ihnen die Möglichkeit gibt, in Paris zu beweisen, daß nicht einmal in Berlin eine Mehrheit für die Einheit sei, eine große Niederlage erlitten haben! Im Namen des Politbüros möchte ich den Berliner Parteigenossen und allen demokratischen Kräften in Berlin den besonderen Dank dafür aussprechen, daß sie eine soich gute Arbeit geleistet haben, daß Berlin wirklich auf dem Wege ist zu beweisen, daß es die Hauptstadt Deutschlands ist! Das Berliner Beispiel zeigt, daß die friedliebenden Kräfte, daß die Kräfte der Einheit gewonnen werden können, wenn alle Anstrengungen gemacht werden, um jeden, der noch schwankt, zu überzeugen, um eine breite Front für die Einheit, für den Frieden zu erringen."

Walter Ulbricht wandte sich dann den Schlüssefolgerungen aus dem samtergebnis der Wahlen zu.

"Der Wahlsieg zeigt, daß wir im Kampf um die Einheit Deutschlands einen bedeutenden Schritt vorwärts gekommen sind. Er zeigt erstens, daß der Volkskongress in der Tat der Repräsentant des deutschen Volkes ist, daß die Mehrheit der Bevölkerung hinter dem Deutschen Volksrat steht, und zweitens, daß die Mehrheit unsres Volkes gegen das .

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Sieg und Aufgabenstellung - 2 -

westliche Besatzungsstatut ist, gegen die fünfzigjährige Besatzungszeit, daß die Mehrheit unseres Volkes einen Friedensvertrag will und die baldige Herstellung der Einheit Deutschlands.

Wenn noch vor wenigen Tagen, vor der Abstimmung, die Spaltpresse erklärte: 'Warum läßt man denn in der Ostzone abstimmen?', so stellen wir heute die Frage: Warum läßt man in den Westzonen nicht abstimmen? Wir sind dafür, daß man endlich in den westsektoren Berlins und in Westdeutschland darüber abstimmen läßt, ob die Bevölkerung einen Friedensvertrag will oder ein koloniales Besatzungsstatut. Wir wollen darüber abstimmen, ob Deutschland die Freiheit bekommt, seine innere Ordnung selber zu gestalten, ob das deutsche Volk die Freiheit bekommt, über sein künftiges Schicksal selber zu bestimmen und die Einheit Deutschlands endlich herbeizuführen, ob das deutsche Volk bald einen Friedensvertrag will und danach den Abzug der Besatzungstruppen, oder ob das deutsche Volk der Meinung ist, wie gewisse Kräfte in Westdeutschland und die Spaltpresse in Berlin behaupten, daß die Bevölkerung in Westdeutschland sehrlichst wünscht, die Besatzungstruppen sollten möglichst lange in Westdeutschland bleiben.

Drittens gaben die Wahlen dem Volkskongreß die Legitimation, zu fordern, daß Vertreter des Volksrates als Vertreter des deutschen Volkes auf der Außenministerkonferenz gehört werden.

Die Wahlen haben aber auch gezeigt, daß 730% mit Nein gestimmt haben. Der Gegner hat also im Ostsектор und in der sowjetischen Zone eine organisierte, systematische Arbeit durchgeführt. Wir dürfen die Aktivität der Gegner nicht unterschätzen. Es gibt unter diesen 30% zweifellos Leute, die nicht gegen die Einheit Deutschlands sind, aber die sich von bestimmten Argumenten der gegnerischen Presse beeinflussen lassen. Deshalb ist es notwendig, daß wir alle jene Menschen davon überzeugen, daß unser Volk nur in Frieden leben kann, wenn es möglichst schnell zu einem Friedensvertrag kommt, wenn die Einheit Deutschlands hergestellt, wenn die Zurückziehung der Besatzungstruppen erreicht wird; wenn Westdeutschland nicht eine militärische Basis, eine ständige Bedrohung des Friedens durch die aggressiven Kräfte in den USA bleibt."

Die Nationale Front bedeute keineswegs den Verzicht auf die antifaschistisch-demokratische Ordnung, führte Walter Ulbricht weiter aus. "Kein Deutscher, dem das Schicksal seines Landes am Herzen liegt, wird diese Forderung stellen. Die antifaschistisch-demokratische Ordnung in der Ostzone und im Ostsектор von Berlin ist die stärkste Stütze der Nationalen Front. Aber alle demokratischen Kräfte müssen verstehen, daß es gegenwärtig in Deutschland viel Menschen gibt, die noch keine Demokraten sind, die jedoch ehrlich eine friedliche Entwicklung in Deutschland und die Einheit Deutschlands wollen. In erster Linie sind die Arbeiter für die Einheit Deutschlands. Das Abstimmungsergebnis in der Ostzone hat gezeigt, daß die höchste Zahl der Ja-Stimmen in den Bergbauregionen Mitteldeutschlands und Sachsen zu verzeichnen ist. Das ist kein Zufall, weil die Arbeiterschaft am unmittelbarsten an der Einheit Deutschlands interessiert ist. Die Arbeiterschaft müßte unter einem Kolonialstatut am meisten leiden, und die Arbeiterschaft ist am ehesten daran interessiert, die Einheit der Arbeiterklasse in ganz Deutschland herzustellen. Auch in den Landwirtschaftsgebieten haben wir hohe Ziffern

Pressedienst
(FD)

18. Mai 1949
Sieg und Aufgabenstellung - 5 -

von Ja-Stimmen. Aber nicht nur diese Kräfte gehören zur Nationalen Front. Ihr gehören außerdem nicht nur Mitteiständler, sondern auch Unternehmer - in Hamburg, in Düsseldorf, in Süddeutschland an."

Walter Ulbricht erinnerte an die Situation im Jahre 1922, nach Abschluß des Kapallovertrages. Damals war Deutschland isoliert, und nicht nur die fortgeschrittenen Teile der Arbeiterschaft, sondern auch bürgerliche Wirtschaftler waren an einem Vertrag Deutschlands mit der Sowjetunion interessiert, um der Abhängigkeit von den westlichen Alliierten zu begegnen. Auch damals waren es nicht nur die fortgeschrittensten Vertreter der Arbeiterschaft, sondern auch bürgerliche Kräfte, die Friedliche und normale Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion forderten. Diese Kräfte erkannten, daß zwischen den Interessen der USA und Englands und den Interessen der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ein tiefer Gegensatz bestand, der heute erst recht besteht. "Sie sind für die Einheit Deutschlands, weil sie als Privatunternehmer nicht existieren können, weil die USA den Export westdeutscher Qualitätswaren verhindert, weil ihnen die Konkurrenz auf dem Weltmarkt von den Amerikanern unmöglich gemacht wird." Damit seien die objektiven Bedingungen für eine breite Nationale Front von den Arbeitern bis zu den westdeutschen Unternehmern gegeben. "Nach der Niederlage Hitler-Deutschlands glaubten breite Kreise Westdeutschlands an die 'selbstlose Hilfe aus USA'", stellte Walter Ulbricht fest. "Inzwischen haben sie eine Reihe Erfahrungen gemacht, sind ernüchtert und beginnen zu denken. Dieses Denken findet seinen Ausdruck darin, daß sie sich für die Wiederherstellung der nationalen Unabhängigkeit Deutschlands auf Grund eines Friedensvertrages erklären. Der Bonner Parlamentarische Rat und der Frankfurter Wirtschaftsrat haben direkte Besprechungen mit dem Volksrat abgelehnt, aber sie konnten nicht verhindern, daß die Gespräche über die Zonengrenzerhöhung zwischen Vertretern des Volksrates und der Intelligenz Westdeutschlands, Geschäftsleuten in Hamburg, der Jugend in Westdeutschland tatsächlich in Gang gekommen sind.

Es zeigt sich, daß in Westdeutschland eine tiefe Empörung über die Besetzungspraxis, das Besetzungsstatut, über die kolonialen Maßnahmen der aggressiven Kräfte des amerikanischen Imperialismus in Westdeutschland Platz gewirkt. Auch in Westdeutschland entwickelt sich eine breite Bewegung zur Rettung Deutschlands. Deswegen wäre es falsch, etwa die Frage zu stellen, ob alle diese Anhänger der Einheit Deutschlands überzeugte Demokraten sind. Aber es ist die Aufgabe der demokratischen Kräfte, alle diese friedliebenden Menschen zu überzeugen."

Walter Ulbricht zeigte dann die Entwicklung auf, die zur Notwendigkeit der Bildung der breiten Nationalen Front führt. Als sichtbar wurde, daß der Hitlerkrieg Deutschland zugunsten richtet, vielleicht überhaupt liquidiert, verständigten wir uns mit den bürgerlichen, auch mit militärischen Kräften in der Hitler-Armee, um alle nationalen Kräfte, die gegen Hitler und aus verschiedenen Gründen gegen den Hitler-Krieg waren, zu einigen, um den Sturz der Hitlerregierung herbeizuführen, ohne Bedingungen zu stellen, was nach dem Sturz der Hitler-Regierung kommt. Denn das war die nächste Aufgabe: die Hitler-Regierung zu stürzen, um dem Krieg ein Ende zu bereiten. Nach dem Sieg der Sowjetarmee über den Hitler-Faschismus hat sich unsere Aufgabenstellung geändert.

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Sieg und Aufgabenstellung - 4 -

Der Kampf um die Schaffung der Grundlage einer friedlichen Entwicklung in einem einheitlichen demokratischen Deutschland nach Kriegsende zeigte, daß die westlichen Alliierten nicht entsprechend den Potsdamer Beschlüssen die Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands förderten, sondern daß ihr wirkliches Kriegsziel die Vernichtung Deutschlands als selbständiger Staat war. In der ersten Etappe nach der Niederlage Hitler-Deutschlands war der Kampf gegen den Faschismus und um die Bestrafung der Kriegsverbrecher die Hauptaufgabe. Nach der Londoner Konferenz, als durch die aggressiv-kolonialisierende USA die Spaltung und

zur akuten Fahr wurde, blieb die Hauptaufgabe der Kampf gegen diese Kräfte, Deutschland kolonisieren, das deutsche Volk und vor allem die Arbeiterschaft versklaven wollen.

Unter diesen Bedingungen steht nicht, wie manche unserer Freunde annehmen, die Frage auf der Tagesordnung, wer Nazi oder nicht Nazi war. Der einzige Maßstab ist: Bist du für einen Friedensvertrag, für die Einheit Deutschlands, für den Abschluß eines Friedensvertrages und für den Abzug der Besatzungstruppen, oder bist du für eine fünfzigjährige Besetzung oder Kolonialisierung Westdeutschlands? Unter diesen Bedingungen die Frage stellt, ob der Betreffende Mitglied der Nazipartei war oder nicht, der arbeitet gegen die Bildung der Nationalen Front. Man muß wissen, wo der Hauptfeind ist, man muß alle Kräfte konzentrieren!"

Der Redner fuhr fort: "Das Abstimmungsergebnis hat gezeigt, daß die früheren Mitglieder der Hitler-Partei und der Hitler-Jugend sich sogar aktiv für die Einheit Deutschlands einsetzen. Es hat sich auch gezeigt, daß ehemalige aktive Nazis sich nicht nur für die Einheit Deutschlands erklärten, sondern auch beim Aufbau an der Spitze stehen. Dagegen stimmten gewisse alte Konservative, die der früheren Harzburger Front angehörten und momentan vielleicht gewissen Kreisen der LDP oder CDU angehören, gegen die Einheit. Sie treten nach außen als Anhänger der Einheit auf und arbeiten gleichzeitig gegen den Deutschen Volkskongress und die Einheit Deutschlands.

"Wir glauben, daß wir die demokratische Ordnung so weit entwickelt haben, daß wir eine gesunde und frische Aussprache durchführen können. Wir werden gemeinsame Funktionärskonferenzen in den Orten einberufen, wo solche Vorgänge zu verzeichnen sind und diese Frage dort offen diskutieren."

"Wir sind für freie, demokratische Aussprache", rief Walter Ulbricht, "nicht nur mit den Gegnern in der Ostzone, sondern auch mit denen in Westdeutschland. Wir werden mit den Erfolgen des Wirtschaftsplans und Aufbaus aufwarten, und sie sollen uns die Zahlen der JEIA-Bilanz vortragen!"

Die Politik der Nationalen Front bringe einige Konsequenzen mit sich, fuhr Ulbricht fort. Es sei notwendig, daß in größerer Zahl nationalbewußte Männer aus Kleinbürgerlichen oder bürgerlichen Kreisen, die ehrlich für die Einheit Deutschlands und einen Friedensvertrag kämpfen, in solchen leitenden Organen, wie der Deutschen Wirtschaftskommission oder den Landeregierungen Platz ränden. Man müsse

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Sieg und Aufgabenstellung - 5 -

auch bei der Zusammensetzung der Bezirksverwaltungen in Berlin diese großen gesamtdeutschen Gesichtspunkte berücksichtigen. Die Wahlen hatten gezeigt, daß eine Einigung aller deutschen nationalbewußten Kräfte möglich sei.

"Wir müssen durch unsere Arbeit in Berlin und in der Ostzone für ganz Deutschland das Beispiel geben, wie die Zusammenarbeit aller Kräfte erfolgen kann, die die Einheit und den gerechten Frieden wollen. Denn darin besteht die Stärke und die Bedeutung des Wahlsieges: der Beweis wurde erbracht, daß es möglich ist, nicht nur die demokratischen Kräfte zu einigen, sondern darüber hinaus auch breitere nationalbewußte Kreise davon zu überzeugen, daß sie mit den Ja-Stimmen die nationale Front unterstützen. Unser Kampf richtet sich gegen die aktiven imperialistischen Kräfte, gegen die Agenten der Spaltung Deutschlands, die einen Friedensvertrag für Deutschland verhindern wollen. Der Inhalt der Nationalen Front ist der Kampf um den Friedensvertrag, gegen die Versklavung Deutschlands, gegen das westliche Kolonialstatut, der Inhalt der Nationalen Front ist der Kampf um die Einheit Deutschlands, um die Herstellung der nationalen Unabhängigkeit unseres deutschen Vaterlandes!"

"Wenn wir eine solche Politik durchführen, so entspricht das absolut der Theorie des Marxismus-Leninismus in der nationalen Frage. Es ist sehr wohl denkbar, daß eine breite nationale Front gebildet wird, ohne daß daran besondere Bedingungen gestellt werden. Es ist selbstverständlich Sache der Arbeiterschaft, auf Grund ihrer eigenen politischen Ziele den Kampf gegen die reaktionären Kräfte zu führen. Die Bildung der "nationalen Front" bedeutet keineswegs, daß alle ihre Anhänger in allen Fragen eine gemeinsame Auffassung haben müssen."

Walter Ulbricht betonte, daß durch die Bildung der Nationalen Front keineswegs unser Internationalismus abgeschwächt werden soll. Der Redner erinnerte an die Parteikonferenz, die ein eindeutiges Bekennnis zum Internationalismus und zu engster Verbundheit mit der Sowjetunion war.

Dann kam Walter Ulbricht auf die gegenseitigen Auseinandersetzungen und die Methoden des USA-Imperialismus zu sprechen. Die allgemeine Krise des Kapitalismus hat zur Folge, daß die kapitalistischen Widersprüche sich verschärfen. Der Marshallplan ist der Versuch, durch die Knebelung der Konkurrenz anderer Staaten den Export der USA zu sichern und damit die Arbeitslosigkeit aus den USA in andere Länder zu exportieren. Der amerikanische Kapitalismus kann aber nicht mehr wie früher mit Handelsverträgen arbeiten, sondern muß es mit Okkupation und Besatzungsstatuten. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit in solchen Ländern wie Deutschland auf breiter Basis eine nationale Bewegung gegen koloniale Unterdrückung zu entwickeln.

Wenn angesichts dieser notwendigen Konzentration aller Nationalbewußten gesagt werde, ein solches Bekennen zum nationalen Widerstandskampf könne in Nationalismus ausarten, dann müsse von vornherein klar gestellt werden, daß diese Front ein Akt der nationalen Notwehr sei. "Eine nationalistische Gefahr ist nicht erst jetzt vorhanden, sondern besteht schon sehr lange, auch in unserer Partei. Sie kommt hauptsächlich in der nationalen Überheblichkeit gegenüber der Sowjetunion und den Volksrepubliken zum Ausdruck. Dieser Nationalismus tritt z.B. bei Leuten in Erscheinung, die sich Demokraten

Pressedienst
(FD)

18. Mai 1949
Sieg und Aufgabenstellung - 6 -

nennen, aber zugleich sagen: was geht uns die Produktion der SAG an? Sie verstehen nicht, daß wir in diesen Betrieben genau so arbeiten müssen, wie in den volkseigenen, weil sie auch im Rahmen des Plans sind und weil sie der sozialistischen Sowjetunion gehören." Solche und ähnliche Tendenzen zeigen, daß die Betroffenden sich noch keine Gedanken gemacht haben über die Rolle der Sowjetunion als Vorkämpfer im Kampf um den Frieden, als das Volk, das ein Drittel Deutschlands vom Faschismus befreit hat, als das Land, das als einziges dem deutschen Volk geholten hat, den Faschismus wenigstens in einem Drittel Deutschlands und in einem Teil Berlins zu liquidieren und dabei die Voraussetzung schuf, daß wir überhaupt für die Einheit Deutschlands kämpfen können. "Es ist die wichtigste Aufgabe im Kampf gegen den Nationalismus, daß in unseren Reihen Klarheit herrscht über das Wesen der Sowjetunion, über ihre sozialistischen Erfahrungen, über die Frage des Übergangs zum Kommunismus. Es genügt aber nicht, darüber nur zu sprechen und normale Beziehungen zu schaffen, sondern wir müssen eine feste Freundschaft zwischen allen friedliebenden demokratischen Kräften in Deutschland und dem Sowjetvolk herbeiführen. Man muß in unserer Partei, in den Massenorganisationen, in den Betrieben, volle Klarheit über die riesigen Fortschritte schaffen, die in der Sowjetunion und den Volksrepubliken erreicht worden sind.

Bei der Schaffung der breiten Nationalen Front müsse man also gleichzeitig sehen, daß gerade diese Nationale Front nur zum Sieg führen kann, wenn sich die Arbeiterklasse und die demokratischen und friedliebenden Kräfte in Deutschland fest mit der Sowjetunion, mit den Volksrepubliken und mit den demokratischen Kräften in Frankreich, England und anderen Ländern verbünden. "Unsere Aufgabe als SED besteht darin, dieses Bewußtsein des Internationalismus gleichzeitig in unserer Partei, in der Arbeiterklasse und in den Kreisen aller Werktätigen zu vertiefen. Jene, die Deutschland zur Kolonie des USA-Imperialismus machen wollen, haben zweifellos durch die Aktivität der friedliebenden Kräfte eine Niederlage erlitten."

Nach einer Auseinandersetzung mit der neo-faschistischen "Weltbürger"-Ideologie des USA-Imperialismus und seiner Trabanten und mit dem Sozialdemokratismus, wies Walter Ulbricht auf die Notwendigkeit verstärkter ideologischer Aufklärungsarbeit über unsere gegenwärtigen Aufgaben innerhalb der Partei hin und erklärte dann abschließend u.a.: "Es kommt nicht nur darauf an, feindliche Argumente zu widerlegen, sondern darauf, daß die Partei und der Demokratische Block beweisen, daß sie einen Aufbauplan haben, der den Interessen der Gesamtbevölkerung entspricht, daß wir zeigen, wie aufgebaut wird. Es geht darum die Einheit Deutschlands herzustellen. Wir brauchen die Abstimmung in ganz Deutschland, vor allem im Westen. Um die Meinung Ausdruck geben, sich für die Einheit und den Abzug der Besatzungstruppen erklären können.

"Wir sind überzeugt, daß es bis zum Volkskongress gelingen wird, daß auch Delegierte aus Westdeutschland kommen. Wir müssen erreichen, daß die deutschen Vertreter in Paris gehört werden, daß sie dort die Vorschläge der nationalbewußten Kräfte für den Friedensvertrag vortragen können, damit es gelingt, im Kampf um die Einheit Deutschlands und um eine friedliche Entwicklung vorwärts zu kommen!"

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

N a c h r i c h t e n
=====

Volkskongress - gewählte Vertretung der Deutschen

66,1 Prozent Ja-Stimmen in Berlin und der Ostzone

B e r l i n , 18.5. (Eig.Ber.)

Mehr als 66 Prozent, nämlich 7 943 949 aller Deutschen Berlins und der sowjetischen Besatzungszone, stimmten am 15. und 16. Mai in freier und geheimer Wahl für die Kandidatenliste zum III. Deutschen Volkskongress, wie Wilhelm Koenen am Dienstagabend auf einer Pressekonferenz des Sekretariats des Deutschen Volksrates mitteilte. Wilhelm Koenen bezeichnete dieses Ergebnis als "Zustimmungserklärung der Millionen" zu den Zielen des Deutschen Volksrates. Der Deutsche Volkskongress wurde durch diese Wahlentscheidung zu einer wahrhaft demokratischen, freigewählten Vertretung der sowjetischen Besatzungszone und Berlins.

Im einzelnen verteilten sich die Stimmen wie folgt:

	Anzahl der Stimmbe- rechtigten	Zahl der abgegebenen Stimmen	Wahlbetei- ligung in %	Zahl der gültigen Stimmen
Brandenburg ..	1 840 168	1 757 157	95,5	1 657 802
Mecklenburg ..	1 417 787	1 362 581	96,1	1 301 338
Sachsen . . .	4 226 889	4 035 541	95,5	3 770 975
Sachsen-Anhalt	2 997 289	2 875 404	95,9	2 779 000
Thüringen	2 103 625	1 992 095	94,7	1 746 122
Berlin	947 313	864 456	91,3	768 984
Insgesamt:	13 533 071	12 887 234	95,2	12 024 221

	Zahl der Ja-Stimmen	Ja-Stimmen in %	Zahl der Nein-Stimmen	Nein-Stimmen in %
Brandenburg	1 124 688	67,8	533 114	32,2
Mecklenburg	936 852	72,0	364 486	28,0
Sachsen . . .	2 350 711	62,3	1 420 264	37,7
Sachsen-Anhalt	1 990 326	71,6	788 674	28,4
Thüringen . .	1 094 710	62,7	651 412	37,3
Berlin	446 662	58,1	322 322	41,9
Insgesamt:	7 943 949	66,1	4 080 272	33,9

Wilhelm Koenen zum Wahlresultat

B e r l i n , 18.5. (ND)

Wie Wilhelm Koenen mitteilte, wurde in allen 24 Wahlkreisen die Kandidatenliste zum 3. Deutschen Volkskongress mit Mehrheit gewählt, meist mit grosser Mehrheit. in Mecklenburg und Sachsen-Anhalt mit überwältigender Mehrheit. Dadurch setzt sich jetzt der Volkskongress nicht mehr aus den von einzelnen Organisationen bestimmten Vertretern zusammen, sondern aus Vertretern der Bevölkerung, die ihn zu einem gewählten Organ machen

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

Nachrichten

- 2 -

Die Aussicht auf Realisierung seiner Beschlüsse sei hiermit erheblich gewachsen.

Es müsse daran erinnert werden, dass die Bevölkerung bisher nicht in ihrer Gesamtheit in einem unmittelbaren Verhältnis zum Volkskongress stand. Der Volkskongress habe sich jedoch nicht vor einer geheimen Abstimmung auf breitesten Grundlage zu fürchten brauchen, da er eine Bewegung darstelle, deren Ziele tief in den Massen verwurzelt seien. Die Abstimmung habe das auch in Berlin bestätigt, obwohl die Zerreißung Berlins erst im Herbst stattgefunden hatte und noch nicht davon die Rede sein konnte, dass die Kenntnis der Ziele des Volksrats bis zum letzten Menschen vorgedrungen war. Der Volksrat werde das Gesamtergebnis der Wahl einer Betrachtung unterziehen, um die schwachen Stellen zu ermitteln, an denen die Aufklärungsarbeit verstärkt werden müsse. Diese Aufklärungsarbeit werde die Aufgabe der demokratischen Parteien und Organisationen sein. Dabei wies Koenen besonders auf die Aufgeschlossenheit der Jugend hin, bei der sich die Erkenntnis der Notwendigkeit gemeinsamen Auftretens rascher durchsetze.

Die allgemeine Bewertung der Wahlergebnisse zeige, dass die Volksbewegung eine demokratische Bewegung grössten Ausmasses darstellt. Damit sei eine weitere Vertiefung der demokratischen Verhältnisse in Deutschland erreicht worden. Gerade jene Schichten hätten dem Volksrat das Vertrauen ausgesprochen, auf die es ankommt, wenn es um die Rettung Deutschlands geht: die Werktätigen. Ihre Zustimmungserklärung verpflichte den Volksrat, auf dieser Grundlage seine Tätigkeit zu verbreiten. Niemals könne aus Zwietracht eine fruchtbare Tat erstehten, sondern nur die einmütige Annahme jener Beschlüsse, durch die die Existenz des deutschen Volkes gesichert werden soli, könne die gegenwärtige Situation bewältigen. Die Friedensfront sei die breiteste nationale Front, erklärte Koenen. "Wir sind national, aber nicht nationalistisch, wir sind Patrioten und deshalb Friedensfreunde. Mit dem Frieden wird unsere Politik gekrönt werden."

Einer Meinung in West und Ost

Wir wollen selbst bestimmen

Offenburg, 18.5.(E.B.)

"Wir können als Deutsche zur Aussenministerkonferenz nur eine Meinung haben. Wir wollen über unsere Wirtschaft selbst bestimmen, wir wollen die deutsche Einheit und den Abzug der Besatzungstruppen", erklärte der Inhaber des Kaufhauses Weiher, Offenburg. Er betonte, dass normale Handelsbeziehungen zwischen Ost und West und die deutsche Wirtschaftseinheit notwendig seien, und sagte abschliessend: "Eine gesunde deutsche Wirtschaft und eine Hebung der Kaufkraft sind das, was wir mittleren und kleinen Geschäftsleute brauchen. Und wenn auf uns keine Besatzungskosten mehr lasten, dann verringert sich die Steuerlast, die uns heute schier erdrückt."

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Nachrichten - 3 -

Der richtige Zeitpunkt

(Offenburg, 18.5. (E.B.))

Der Vorsitzende der Angestelliten-Gewerkschaft von Offenburg ist der Meinung, "dass gerade jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, um über alle parteipolitischen und konfessionellen Schranken hinweg, gemeinsam einen gesamtdeutschen Standpunkt herauszuarbeiten". Er setzt in die Ausßenminister-Konferenz die Erwartung, "dass sie die Grundlage für die Schaffung einer gesamtdeutschen Regierung herstellt". Damit würde auch der Wunsch aller deutschen Gewerkschafter nach einer einheitlicher Gewerkschaftsbewegung verwirklicht werden können.

Schaffende Jugend kennt wenig Gegensätze

(Offenburg, 18.5. (E.B.))

Der Jugendleiter der Metall-Gewerkschaft und Vertrauensmann in den Meiko-Werken, Offenburg, erklärt:

"Unter uns jungen, schaffenden Menschen gibt es die wenigsten Gegensätze. Wir sind uns einig, dass wir ein geeintes Vaterland, einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen fordern müssen, wenn wir uns eine bessere Zukunft bauen wollen. Wir verurteilen es deshalb, dass deutsche Politiker in Bonn fertige Tatsachen schaffen wollen, die die Vierer-Verhandlungen nur erschweren können."

Grenzbauern verständigen sich

(Schwaben, 18.5. (E.B.))

"Macht den ersten Schritt zur Verständigung untereinander und stellt die früher bestandenen freundschaftlichen Beziehungen wieder her", fordern die Bewohner des nur 5 km von der Zonengrenze entfernt liegenden Dorfes Demern die Einwohner der Gemeinde Grönau jenseits des Schlagbaumes in einem Brief auf. "Wir haben den Wahnsinn der Zerrissenheit unseres Vaterlandes am deutlichsten kennengelernt - heisst es in dem Schreiben weiter - und rufen deshalb alle Grenzdörfler auf, sich unserem Beispiel anzuschliessen." Es komme jetzt nicht darauf an, tapferlos beiseite zu stehen, sondern sich einmütig und entschlossen in die Nationale Front einzureihen und dafür zu sorgen, dass noch vor der Konferenz des Ausßenministerrats eine Zusammenkunft von Vertretern aus ganz Deutschland erfolgt.

Schlagbäume müssen verschwinden

(Rostock, 18.5. (E.B.))

"Der Ruf nach einer breiten Nationalen Front aller Deutschen, in die jeder gehört, der für ein einheitliches Vaterland und den Frieden eintritt will, muss von allen, die guten Willens sind, aufgenommen werden", erklären Rektor und Senat der Universität Rostock in einer Resolution. Diese schliesst mit den Worten: "Rektor und Senat der Universität Rostock unterstützen alles, was dazu beiträgt, dass die Schlagbäume zwischen den Deutschen innerlich und äußerlich verschwinden."

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Nachrichten - 4 -

Wunsch nach Einheit kann verwirklicht werden

Rostock, 18.5. (E.B.)

"Für jeden Deutschen, gleichgültig ob in Ost oder West, steht in seinen politischen Hoffnungen und Erwartungen der eine Wunsch an erster Stelle, der Wunsch nach der Einheit Deutschlands", erklärt Prof. Kunze, Rostock. "Wenn es gelänge, durch eine gemeinsame Aussprache zwischen Vertretern aller Zonen die trennenden Hindernisse aus dem Weg zu räumen, wäre die Bahn für eine gesamtdeutsche Entwicklung frei."

Im täglichen Kampf für ein besseres Leben

Chemiearbeiter im Wettbewerb

Magdeburg, 18.5. (E.B.)

In allen volkseigenen Magdeburger Chemiebetrieben stehen die Belegschaften im Arbeitswettbewerb. Allein im Werk "Organa" wetteifern 32 Arbeitsgruppen und 84 Wettbewerbe werden von Mann zu Mann ausgetragen. In der Adler-Lackfabrik und im Akkumulatorenwerk sind alle Belegschaftsmitglieder an Einzelwettbewerben beteiligt.

Fachleute sollen Schrott überprüfen

Magdeburg, 18.5. (E.B.)

Der Volkskorrespondent Hempel von der Entrostungswerkstatt Heine in Halberstadt berichtet, dass die Belegschaft seines Betriebes den Auftrag hat, aus Schrott und Trümmern Material zu bergen, aufzubereiten und wieder der Produktion zuzuführen. "Wir entrosteten, passivieren bzw. härteten und schleiften jede Woche mehr als 1 t Werkzeuge, Maschinenteile, Schrauben und Kleineisenmaterial für die volkseigene Industrie der gesamten Zone", schreibt Hempel. "Und Tag für Tag erleben wir - züsst sich der Volkskorrespondent weiter - wie uns unter den Händen kostbares, oft unersetzliches Gut als Schrott abgefahrene wird, nur weil es verrostet ist und wertlos aussieht. Wir führen einen Wettlauf mit dem unstillbaren Rachen von "Vater Martin" und anderen Nimmersatten. Wir bitten die verantwortlichen Stellen: gebt strenge Weisung, dass nirgends Material verschrottet wird, bevor von Fachleuten gründlich geprüft ist, ob es nicht durch Entrostung und Oberflächenbehandlung wieder verwertbar werden kann. Nur Entrostungsfachleute können echten Schrott von nützlichem Rostgut unterscheiden. Gebt ihnen Gelegenheit zu sichten und zu prüfen."

Bauernlob für Traktoristen

Zwickau, 18.5. (E.B.)

Die Traktoristen Schnautz, Klier, Kuttig, Böttcher (17-jährig) und Baumann von der MAS Kirchberg führten alle ihnen übertragenen Arbeiten bei der Frühjahrsbestellung zur vollen Zufriedenheit aller Bauern aus und wurden dafür öffentlich gelobt. Sie behandelten ihre Maschinen sorgfältig, vermieden Reparaturarbeiten und sparten ausserdem Treibstoff ein, obwohl die von ihnen ausgeführten Landarbeiten in Wettkämpfen mit dem Enthusiasmus der Hennecke-Aktivisten zustande kamen.

Pressedienst
(FD)

18. Mai 1949
Nachrichten - 5 -

Bildungskollektive - der Weg zum Arbeiter- und Bauernstudium

Halle, 18.5. (E.B.)

Die Auswahl zum Arbeiter- und Bauernstudium im Lande Sachsen-Anhalt geschieht unter massgeblicher Mitwirkung der FDGB-Hochschulgruppe der Universität Halle. Das Referat Betriebsarbeit hat zu diesem Zwecke in jedem Kreis Aktivgruppen aufgebaut, in denen 5 bis 10 Studenten arbeiten. Ihre Aufgabe ist es, die ständige Verbindung zu den dortigen Betrieben aufrechtzuerhalten. Um eine verantwortungsbewusste Auswahl und eine gleichmässige Vorbildung aller Bewerber für das Arbeiter- und Bauernstudium garantieren zu können, sind Bildungskollektive entwickelt worden, in denen alle Bewerber ein halbes Jahr lang wöchentlich 8 bis 10 Stunden zusammengefasst werden und Unterricht in Deutsch, Gegenwartskunde, Mathematik und Naturwissenschaften erhalten. Die Durchführung erfolgt in gemeinsamer Arbeit der Kreisaktive mit den Kreisvorständen des FDGB.

In 27 Kreisen des Landes Sachsen-Anhalt bestehen 26 Bildungskollektive, an denen 810 junge Kollegen teilnehmen. Zur Unterstützung der Lehrkräfte in den Kreisen sind 22 Arbeiterstudenten der FDGB-Hochschulgruppe als Lehrer in den Bildungskollektiven tätig.

Sächsische Volksbetriebe erhalten neue Exportaufträge aus Polen

Dresden, 18.5. (Rdfk.)

Volkseigene Betriebe des Landes Sachsen haben jetzt im Rahmen des kürzlich unterzeichneten Handelsabkommens zwischen Polen und der Ostzone für das laufende Jahr bedeutende Aufträge von der Volksrepublik Polen erhalten. Bei dem volkseigenen "Astra-Werk" in Chemnitz hat Polen Rechen- und Buchungsmaschinen im Werte von 103 000 Dollar bestellt. Einen weiteren polnischen Auftrag in Höhe von 60 600 Dollar erhielt das volkseigene Werk "Mechanik" in Dresden. Für Textilmaschinen erteilte Polen Aufträge im Gesamtwert von 47 323 Dollar an die volkseigene "Textilmaschinenfabrik Siegmar-Schönau".

Unternehmer bestreiten Frauenrecht auf freien Hausarbeitsstag

Dortmund, 18.5. (E.B.)

Das im Landtag Nordrhein-Westfalen durch einstimmige Annahme eines entsprechenden Gesetzes berufstätigen Frauen zugestandene Recht auf einen freien Hausarbeitsstag im Monat versuchen Unternehmer zu durchbrechen. Die Unternehmerverbände beauftragen Juristen mit der Ausarbeitung von Klauseln, die das Gesetz hinfällig machen. So soll z.B. der freie Hausarbeitsstag entfallen, wenn im Monat mehr als fünf Tarifurlaubstage vorhanden sind.

Das Gesetz war auf Initiative der KPD-Fraktion des Landtages Nordrhein-Westfalen beschlossen worden. Aus Kreisen der Landesregierung verlautet jetzt, den Wünschen der Grossunternehmer entgegenkommt zu wollen und ein neues Gesetz auszuarbeiten. Dagegen fordert die KPD-Fraktion alle berufstätigen Frauen und Betriebsräte zur Wachsamkeit auf und ermahnt sie, die Durchführung des bestehenden Gesetzes zu sichern.

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

Vor dem III. Parlament der Freien Deutschen Jugend

B e r l i n (JUNA/PD)

In zwei Wochen, am 1. Juni, beginnt in Leipzig das III. Parlament der Freien Deutschen Jugend. 2 000 Delegierte nehmen daran teil. Zum Fest der Jugend am 5. und 6. Juni werden 100 000 Jugendliche aus allen Teilen der sowjetischen Besatzungszone und aus Westdeutschland sowie zahlreiche ausländische Gäste erwartet.

Am 30. Mai findet der Wettbewerb "Das Aufgebot der Jugend" seinen Abschluss. Dieser Wettbewerb, der alle Aufgaben der FDJ umfasst, hat wesentlich zu ihrer Stärkung und Festigung beigetragen. 145 000 neue Mitglieder hat die FDJ seit dem 1.9.1948 in ihre Reihen aufgenommen. In Berlin erhöhte sich die Mitgliederzahl von 7 300 auf 12 700. Der Kampf um die Einheit Deutschlands und eine gerechte Frieden war die Hauptaufgabe im Aufgebot der Jugend. Die Beteiligung der Jugend der einzelnen Länder bei den Volkskongresswahlen wird bei der Wertung besondere Beachtung finden. Viele Landes- und Kreisverbände schlossen untereinander Wettbewerbe ab. Die zentrale Wettbewerbskommission der FDJ wird das beste Land, die besten Kreise sowie die besten Betriebs-, Wohn- und Schulgruppen und Jugendaktivs ermitteln, denen zum Abschluss des Parlaments Sturmfahnen mit den Namen antifaschistischer Widerstandskämpfer überreicht werden.

Seit dem Erfurter Jungaktivisten-Kongress wurden 1 729 Jugendaktivs gebildet. Ebenso hat sich die Zahl der Jungaktivisten, die vor dem Kongress 20 000 betrug, wesentlich erhöht. So haben z.B. 30 Delegierte des II. Jungaktivisten-Kongresses aus Thüringen bis jetzt 15 Produktionsaktivs, 19 Einsatzaktivs und 4 Lernaktivs mit 310 Jugendlichen gegründet. In Berlin bestehen zur Zeit 105 Jugendaktivs, die eine durchschnittliche Arbeitsleistung von 130% aufzuweisen haben. In den Agfa-Seide-Werken Freyburg bestehen allein 63 Jugendaktivs, die einen ganzen Produktionsgang übernommen haben. Die von ihnen hergestellten Gewebe werden von der Betriebsleitung als die besten bezeichnet. Angespornt durch die Leistungen des 22-jährigen FDJlers Reinhard Perleß bei der MAS Alt-Zeschedorf entfaltet sich die Aktivistenbewegung/auf dem Lande. Über 4 000 FDJ-Mitglieder haben sich zur Ausbildung als Traktoristen gemeldet.

Die jugendlichen Belegschaftsmitglieder der Maschinenfabrik Hall stellten sich die Aufgabe, bis zum III. Parlament insgesamt 300 Mitglieder zu gewinnen. Die Delegierten der FDJ-kreiskonferenz Merseburg beschlossen, bis zum III. Ihre Mitgliederzahl auf 8 000 zu erhöhen. Das Jugendaktiv der Gruppe "Karl Liebknecht" in Leipzig hat 5 verrostete Drehbänke geborgen und wiederhergestellt. Eine weitere soll auf dem Parlament in Leipzig dem in der Berufsausbildung besten Betrieb übergeben werden. Der Siemens-Martin-Ofen 4 im Stahl- und Walzwerk Riesa, der sich noch im Aufbau befindet, soll am 1. Juni von einem Produktionsaktiv der Jugend übernommen werden.

+) Parlament

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

"Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" Nr. 10

(PD)

Die neue Nummer 10 des Organs des Informationsbüros der Kommunistischen und Arbeiterparteien "Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie" vom 15. Mai enthält eine Reihe von Beiträgen, die im Zusammenhang mit dem letzten Beschluss des Parteivorstandes der SED über nationalistische Abweichungen auch für uns in Deutschland von besonderer aktueller Bedeutung sind. Ein Aufsatz "Gegen Nationalismus, für proletarischen Internationalismus" behandelt die Frage in grundsätzlicher Weise und geht insbesondere auf den Nationalismus Titos in Jugoslawien ein. Zandrowski gibt in dem Aufsatz "Der Weg des Treubruchs und Verrats der jugoslawischen Trotzkisten", Unterlagen zur Beurteilung der Verräter-Politik der Tito-Clique. Ergänzt werden diese Ausführungen durch eine Analyse des Organs der Tito-Leute, der "Borba", von Schewljagin in dem Aufsatz "Das antisowjetische Sprachrohr der Clique Titos", der anhand zahlreicher Zitate die trotzkistische antisowjetische Einstellung des Blattes nachweist. Zu derselben Gruppe von Aufsätzen gehört "Der Kampf gegen den Nationalismus in der KP Bulgariens" von Kolaroffi, in dem über die nationalistische Abweichung und sowjetfeindliche Einstellung des kürzlich abgesetzten bulgarischen Ministers Kostoff und seine links-sektiererische, trotzkistische Vergangenheit berichtet wird.

Von Mitin stammt anlässlich des 40. Jahrestages des Erscheinens von Lenins Buch "Materialismus und Empirökritizismus" eine Würdigung dieses hervorragenden Werkes der marxistischen Ideologie in dem Aufsatz "Eine starke ideologische Waffe der Kommunistischen Parteien". Anlässlich des bevorstehenden 9. Parteitages der KP der Tschechoslowakei am 25. Mai fasst Kopecky den seit dem Februar 1948 zurückgelegten Weg der tschechoslowakischen Volksdemokratie in seinem Beitrag "Die Tschechoslowakei auf dem Wege zum Sozialismus" zusammen.

Palme Dutt schreibt über "Verschärfung der Gegensätze des Imperialismus", Kuusinen über "Die Rechtssozialisten - Spalter der Arbeiterbewegung". Als Illustration dazu dient der Beitrag von Pajetta "Die Saragat-Leute - eine Wallstreet-Agentur in Italien" mit einer Darstellung der Manöver der italienischen Rechtssozialdemokraten. Max Reimann zeichnet den Kampf der KPD in Westdeutschland "Für ein einheitliches demokratisches Deutschland". Berichte über die demokratische Frauenbewegung in Italien und Ungarn, über die Politik der KP der USA und aus verschiedenen Arbeiterparteien ergänzen den Inhalt der Zeitung, deren Leitartikel dem 4. Jahrestag des Sieges über Hitler-Deutschland gewidmet ist.

G.Kr.

Pressedienst
(FD)

18. Mai 1949

Aus Theorie und Praxis

Wettbewerb im Beschlussfassen?

Im Juni 1948 betrug die Arbeitsproduktivität, gemessen an der der deutschen Arbeiter vor dem Kriege, nur die Hälfte. Das war ein Erbe der Wirtschaftskatastrophe, die uns mit ausgebrannten Fabriken und zerstörten Betrieben von den Hitlerfaschisten hinterlassen wurde.

Die Überlegenheit des volkseigenen Sektors unserer Wirtschaft muss sich darin äußern, dass wir in den Betrieben des Volkes mehr produzieren, als in den privatkapitalistischen Werken. Die Erfüllung unseres Zweijahrplanes, die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung hängen davon ab, ob es uns gelingt, die Einstellung des Arbeiters zu seiner Arbeit im volkseigenen Betrieb zu verändern und die Produktivität zu erhöhen. Ein wichtiges Kettenglied dieser Entwicklung bildet die Organisierung von Wettbewerben. Genosse Walter Ulbricht sagte auf der ersten Parteikonferenz: "Es kommt jetzt darauf an, die Hennecke-Bewegung durch die Organisierung des Wettbewerbes zu einer breiten Bewegung für die Leistungssteigerung zu entwickeln..." .

Diese Erkenntnis, dass Wettbewerbe eine grosse Hilfe bei der Hebung der Arbeitsmoral und Arbeitsdisziplin, bei der Entwicklung der Initiative der Arbeiter und Angestellten sind, bricht sich bei uns langsam Bahn. Wir können auch hier sehr viel aus den Erfahrungen der Sowjetunion lernen. Auch dort hat die Organisierung von sozialistischen Wettbewerben bei der Vergrösserung der Produktion, bei der Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen, wesentlich geholfen.

Die Nachrichten über die Ergebnisse des Wettbewerbes unserer Stahlwerke in der sowjetisch besetzten Zone werden von mehr und mehr Menschen verfolgt, denn sie erkennen, dass die täglichen Produktionszahlen der Maxhütte, der Stahlwerke Hennigsdorf und Gröditz nicht trockene Zahlen eines Statistikers sind, sondern dass sie vom lebenswichtigem Interesse für jeden Bewohner unserer Zone sind, denn: "Mehr Stahl bedeutet mehr Brot".

Aus den Erfahrungen der letzten Monate müssen wir jedoch lernen, dass jeder Wettbewerb exakte Grundlagen haben muss, da sonst ein Messen des angewandten Fleisches, der Anstrengung, der Initiative und der besseren Organisation der Arbeit seitens der Arbeiter, der Arbeitsbrigaden oder ganzer Belegschaften nicht möglich ist. Im innerbetrieblichen Wettbewerb, der von Arbeiter zu Arbeiter, von Maschine zur Maschine ausgetragen wird, sind die besten Vergleichsmöglichkeiten gegeben. Ein Wettbewerb, der innerbetrieblich begonnen wird, hat somit die besten Voraussetzungen für die wirkliche Erhöhung der Produktivität der Arbeit.

Beim Wettbewerb zwischen zwei Betrieben muss nicht nur die Kapazität der Maschinen, die Sollproduktion, sondern auch die Qualität des Produktes und selbstverständlich die Rentabilität gemessen werden. Es hängt also nicht nur davon ab, mehr zu produ-

Pressedienst
(FD)

18. Mai 1949
Aus Theorie und Praxis - 2 -

zieren, das Wie muss auch in Betracht gezogen werden. Es hat sich auch in der Praxis gezeigt, dass Wettbewerbe beim Schwerpunkt der Produktion beginnen müssen, z.B. in einer keramischen Fabrik in der Brennerei bei den Öfen und nicht im Verpackungsraum oder der Malwerkstatt.

Die Belegschaft der SAG-Rheinmetall Sömmerda bietet mit dem Abschluss des innerbetrieblichen Wettbewerbes um die Senkung der Ausschussziffern und der Fehlzeiten ein gutes Beispiel. Der Anstoß zu diesem Wettbewerb kam vom dem Bohrer Himmller und dem Dreher Renner aus der Rechenmaschinabteilung, die zuerst einen Wettsvertrag von Maschine zu Maschine abschlossen. Dann schloss sich die ganze Belegschaft diesem Wettkampf an.

Der Gedanke des Wettbewerbes ist noch neu für uns - aber wir müssen dieses wertvolle Neue pflegen und beobachten und müssen dafür sorgen, dass der Wettsvertrag nicht zur Spielerei wird, wie es heute leider noch oft der Fall ist.

Sicherlich ist es möglich, dass zwei Traktoristen einer MAS oder zwei Arbeitsbrigaden eines volkseigenen Gutes einen Wettbewerb untereinander abschliessen. Aber wo sind die realen Grundlagen bei dem von den landwirtschaftlichen Kreisen Haldensleben, Oschersleben und Wandsleben miteinander abgeschlossenen Wettbewerb? Bei der unterschiedlichen Bodenbeschaffenheit dieser Kreise ist ein ernsthafter Wettbewerb ausgeschlossen. Oder sollen vielleicht die Bauern aus Oschersleben ihr Getreide einfahren, wenn es noch nicht reif ist, nur um Wettbewerbspunkte zu gewinnen?

Das "Thüringer Volk" vom 3. Mai berichtet von einem Wettbewerb, den einige Ministerien Thüringens miteinander abschlossen. Diese Zeitung entnehmen wir, dass am 1. Mai das Ministerium für Verkehr im Wettbewerb führte. Seine Pluspunkte errang es "mit der Übernahme der Patenschaft der Maschinenausleihstation Ichtershausen und dem Beschluss, diese Station als Musterstation auszubauen..."

Während in Fabriken und Stahlwerken, in Werkstätten und Schächten die Wettbewerbspunkte an der fertigen Produktion gemessen werden, erfüllen die Thüringer Ministerien ihr Wettbewerbssoll mit "Be-schlussfassen".

Die "Lausitzer Rundschau" veranstaltet (4. Mai) einen "Wettbewerb zur Volkskongresswahl". Der "Wettbewerb" besteht in der Veröffentlichung eines guten Arbeitsplanes und einer Entschließung der Betriebsversammlung der "LOWA"-Waggonbau Bautzen zur Vorbereitung der Volkskongresswahl. Aber wer wurde zum Wettbewerb herausgefordert? Besteht der Wettbewerb darin, dass andere Betriebe längere Ent-schließungen fassen sollen? Oder andere Zeitungen bessere Arbeits-pläne zum Abdruck bringen?

Der Klassenfeind wird alles tun, um die Organisierung von Wettbewerben lächerlich zu machen und zu verfließen. Die schematische Anwendung des Begriffes "Wettbewerb" ist ihm eine grosse Hilfe! Wir müssen es verstehen, in Partei und Gewerkschaft Klarheit zu schaffen, was ein Wettbewerb ist, welche realen Voraussetzungen zur Durchführung vorhanden sein müssen und welche Ziele wir mit dem Abschliessen von Wettbewerben verfolgen.

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Aus Theorie und Praxis - 3 -

Mit einer automatischen Spielerei in der Organisierung von Wettbewerben berauben wir uns selbst einer unserer besten Waffen, die wir im Kampfe um die Erhöhung der Produktivität, der Senkung der Selbstkosten und der Verbesserung unseres Lebens dringend benötigen.

Als Sieger aus einem gut organisierten Wettbewerb hervorzugehen, bedeutet für den einzelnen Arbeiter eine grosse Freude, denn es beweist ihm, dass er Maschinen und Technik beherrscht, dass er den Arbeitsvorgang durchdacht hat und er der Meister seiner Arbeit ist. Aber nur wenn richtige Voraussetzungen bei der Organisierung von Wettbewerben vorhanden sind, wird dieser grosse Gedanke - verbunden mit der Gewissheit, dass wir mit der Mehrproduktion unser Leben verschönern, zum Inhalt des Wettbewerbes werden.

Buste Zörner

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

P r e s s e s t i m m e n

Bremen - ein Nazi-Eldorado

(PD)

Der Bremer Senat, in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, hat die Entnazifizierung so glänzend durchgeführt, daß die entscheidenden Beamtenstellen heute noch durchweg mit ehemaligen Nazis besetzt sind. Dabei sind die dienstbeflissenen SPD-Politiker soweit über das Ziel hinaus geschossen, daß sogar die amerikanische Militärregierung daran Anstoß nimmt. "Die Welt" vom 14.5.49 berichtet:

"Alle seinerzeit von der Bevölkerung abgegebenen Fragebogen zur Entnazifizierung sollen noch einmal daraufhin untersucht werden, ob sich nicht geeignete Persönlichkeiten für die 'entscheidenden Beamtenstellen' finden lassen. Dies erklärte ein Vertreter der USA-Militärregierung, der die Behörden im Lande Bremen offiziell anklagte, nicht alles getan zu haben, um unbelastete Personen als Beamte einzusetzen. Die Militärregierung sei entschlossen, den Dingen nicht mehr länger zuzuschauen.
63 v.H. der hochstbezahnten Justizbeamten seien ehemalige Nazis. Bei der Behörde für Arbeit und Wohlfahrt seien es 69 v.H., beim Oberfinanzpräsidium 75 v.H., bei der Reichsbahn 80 v.H., bei der Seewasserstraßen-Direktion 83,5 v.H. 66 v.H. der Lehrer seien ehemalige Nazis. Die Behörden hätten es unterlassen, unter den 75 v.H. der unbelasteten Bremer Bevölkerung geeignete Kräfte für höhere Fachstellen auszusuchen."

Christlicher Pressedienst für gesamtdeutsche Lösung

(PD)

Der "christliche Pressedienst für undoktrinäre Politik" stellt fest:

"So paradox es klingt, ohne Regierung haben wir Deutsche im Augenblick die Gelegenheit, den Gang der Dinge zu beeinflussen. Mit einer vor den Verhandlungen gebildeten Regierung nehmen wir uns selbst jede Möglichkeit. Eine offene Verzichtserklärung aller deutschen Parteien im augenblicklichen Stadium eine westdeutsche Regierung zu bilden, verbunden mit der Aufforderung an alle Besatzungsmächte, sich um eine gesamtdeutsche Lösung zu bemühen, würde wunder wirken. Entweder man sieht diese Möglichkeit nicht, die sich uns bietet, oder man hat Angst vor dem eigenen Mut, oder man will eine gesamtdeutsche Lösung überhaupt nicht."

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

K o m m e n t a r e
=====

Geschlagene Spalter heulen

B e r l i n (PD)

Das Ergebnis der Delegiertenwahl zum III. Deutschen Volkskongress, die starke Mehrheit des Vertrauens zum Volksrat, die in den 8 Millionen Ja-Stimmen zum Ausdruck kommt, hat bei den Drahtziehern der deutschen Spaltung und den berufsmäßigen Störenfrieden stärkste Beunruhigung ausgelöst. Vor allem ist es ihnen peinlich, daß in der viel geschmähten Ostzone und im Ostssektor Berlins eine freie und echt demokratische Abstimmung über eine solche nationale Lebensfrage durchgeführt wurde, wie es die Einheit Deutschlands und der Friede ist.

In den Westzonen Deutschlands wagen sie es nicht einmal, die im geheimen Kämmerlein auf Befehl der Militärbehörde ausgebrüte Separatverfassung von Bonn dem Volke zur Abstimmung vorzulegen. Aber noch viel weniger wagen sie es in den Westzonen und in Westberlin, die Bevölkerung in einer Abstimmung über die Frage entscheiden zu lassen, ob sie einen Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen oder ein Besatzungsstatut und Verewigung der Besatzung haben will. Warum haben die Herren Patentdemokraten Angst vor einer solchen Abstimmung? Weil sie ganz genau wissen, dass die überwältigende Mehrheit der Deutschen ihre Spaltungspolitik verurteilt und ein einheitliches Deutschland will. Eben deshalb haben sie keine Mittel, keine Lügen und Verleumdungen gescheut, um die Abstimmung über die Forderung der deutschen Einheit, des gerechten Friedens und des Abzugs aller Besatzungstruppen zu einer Parteisache der SED zu stampfen. Obwohl es für vernünftig denkende Menschen nicht schwer sein sollte, zu erkennen, daß eine nationale Wahl keine Parteidwahl sein kann, haben sich diesmal 30% der Wähler aus parteipolitischen und sonstigen abwegigen Motiven verblassen lassen und mit Nein gestimmt. Würde man diese Nein-Sager fragen, ob sie innerlich gegen die Einheit Deutschlands und gegen einen gerechten Friedensvertrag seien, so würden sie fast ausnahmslos antworten, dass sie selbstverständlich dafür seien. Die Spalter können das Wahlergebnis drehen und wenden, wie sie wollen, niemals werden sie der Welt weißtlichen können, die deutsche Bevölkerung billige ihren Spaltungskurs und ihre Politik der kolonialen Versklavung.

Besonders erfreulich und bezeichnend ist, daß überall dort, wo man die Jugend getrennt abstimmen liess, die Zahl der Ja-Stimmen unverhältnismäßig größer ist, als die der Nein-Stimmen. Auch ist es kein Zufall, daß die höchste Zahl der Ja-Stimmen in den Bergbauregionen Mitteldeutschlands und Sachsen zu verzeichnen ist. Wichtig ist ferner, daß die Bauern einen hohen Prozentsatz von Ja-Stimmen abgegeben haben. Das beweist, dass die wichtigsten Schichten, auf die es ankommt, dem Volksrat ihr Vertrauen bekundet haben.

In ihrer Wut über den eindeutigen Wahlsieg der nationalen Front streut die Westpresse, wie sie es in solchen Fällen automatisch zu tun pflegt, Verleumdungen über Wahlfälschungen aus. Hier dürfte wohl das Sprichwort zutreffen, daß niemand einen hinter dem Busch sucht, der nicht selbst dahinter gesessen hat. Sogar die Dauer der Stimmenzählung bis zur Verkündung des Wahlresultats muss herhalten, um Verdächtigungen auszustreuen. "In einer Demokratie würde es Überraschung hervorrufen, wenn

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Kommentare - 2 -

am Tage nach Abschluss einer Abstimmung noch keine amtlichen Ergebnisse vorlägen", ruft heuchlerisch der stellvertretende Berliner FDP-Vorsitzende Markewitz. Er hat ganz vergessen, daß das Wahlergebnis der Stadtverordnetenwahl vom 5. Dezember 1948 in den Westsektoren erst nach 3 Tagen bekanntgemacht wurde. Bei den Delegiertenwahlen zum Volkskongress aber handelte es sich um das ganze Gebiet der Ostzone, und diese verfügt bekanntlich, da sie auf die Schaffung eines einheitlichen Deutschlands ausgerichtet ist, über keinen separaten Staatsapparat.

Das Wahlergebnis zeigt, daß die nationale Front unaufhörlich an Kraft und Einfluss gewinnt. Es ist nicht anders zu erwarten, als dass die ideologische Verwirrung nach dem Hitlerkrieg Widerstände schafft, die aber überwunden werden. Auch die gestrigen Nein-Sager werden einmal auch äußerlich und öffentlich Ja zu Deutschlands Zukunft sagen. Dazu ist eine beharrliche Aufklärungsarbeit erforderlich, deren Stoßrichtung ist: Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz!

(W.E.)

Mehr Plandisziplin !

B e r l i n (PD)

Bereits im ersten Quartal 1949 hat sich gezeigt, dass der Volkswirtschaftsplan 1949 der Ostzone in diesem Abschnitt als Ganzes übererfüllt wurde, dass aber in einigen wichtigen Teilabschnitten die Leistungen hinter den Planziffern zurückgeblieben sind. Bergbau und Hüttenwerke haben den Plan in dieser Zeit nicht erfüllt.

Mit den Schlussfolgerungen, die daraus gezogen werden müssen, setzt sich P. Nassow in der "Täglichen Rundschau" in einem Artikel "Mehr Plandisziplin" auseinander. Die Deutsche Wirtschaftskommission und ihre Hauptverwaltungen, die Länderregierungen und alle demokratischen Organe müssen für eine systematische Kontrolle aller Vorgänge im Plan sorgen und alle Arbeiter und Intellektuellen dafür interessieren.

Diese Kontrollen, bei denen monatlich und vierteljährlich in jedem Betrieb der Plan überprüft werden muss, müssen ihr besonderes Augenmerk auf einzelne entscheidende Fragen richten. Rechtzeitiges Erkennen von Mißständen und Engpässen, von Mängeln in der Materialverteilung und Beschaffung muss dazu führen, einzelne Unstimmigkeiten in der Wirtschaftsentwicklung der Ostzone abstellen zu können und die Materialien den Stellen zuzuleiten, die sie dringend benötigen.

Schnellstens müssen die Maßnahmen zur Nationalisierung der Produktion überprüft und geregelt werden. Die Erfahrung hat gezeigt, dass z.B. im Betrieb "Mansfeld" von mehreren Prüfungskommissionen eine Reihe von guten Vorschlägen für einen besseren Ablauf der Produktion gemacht wurden, aber die Auswertung dieser Vorschläge erheblich verzögert wurde. Wenn die Kontrolltätigkeit der Hauptverwaltung für Maschinenbau und Elektrotechnik bisher darin bestand, dass sie einige Angestellte nach Berlin berief und ihnen "einheizte", ihre verantwortlichen Ange-

Pressedienst
(FD)

18. Mai 1949
Kommentare - 3 -

stellten aber noch in keinem ihrer Betriebe waren, dann zeigt sich darin, wie wenig dort die Aufgaben der Kontrollen begriffen wurden.

Mustergültige Statistiken und Abrechnungen sind die Grundlage für jede Kontrolle, die ohne genaues Zahlenmaterial nicht arbeiten kann.

Es muss erreicht werden, dass die Selbstkosten gesenkt werden. Dazu führen Steigerung der Qualität der Leistungen, Mobilisierung aller innerbetrieblichen Reserven und die Erschließung zusätzlicher Quellen. Einsparungen durch verbesserte Verwendung der Betriebsmittel, Senkung des Verbrauchs von Roh-, Brennstoffen und Halbfertigfabrikaten und Senkung der Kosten für unproduktive Arbeitsleistung dienen ebenso der Planerfüllung und Übererfüllung. Die Verwendung der finanziellen Mittel, die Akkumulation der Umlaufsmittel und die Warenbevorratung hat die Hauptverwaltung Finanzen und Banken genau zu überwachen.

Die entscheidende Kraft zur Sicherung der Planerfüllung liegt in der Hennecke-Bewegung. Durch sie werden die alten technischen Normen überholt und neue Möglichkeiten zur Übererfüllung des Planes erschlossen. Sie verbessert die Arbeitsmethoden, rechnet mit jeder Minute Arbeitszeit und sorgt ständig für die Erhöhung der Arbeitsproduktivität. Hennecke-Bewegung und Plankontrolle ermöglichen es der DWK in einzelnen Punkten, die Produktionsauflagen für das 2. Quartal schon höher als im ersten anzusetzen. Wenn diese beiden neuen Faktoren unseres gesellschaftlichen Lebens von allen demokratischen Kräften unterstützt werden, dann ist der Erfolg des Planes für 1949 gesichert.

(W.K.)

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

Zum 75. Geburtstag des Genossen Hermann Duncker am 24. Mai
(PD)

Genosse Dr. Hermann Duncker ist seit Jahrzehnten zum Inbegriff des Lehrers des Marxismus in der deutschen Arbeiterbewegung geworden. Seit nahezu 50 Jahren erzog er Tausende von Funktionären der deutschen Arbeiterbewegung im Geiste des unverfälschten revolutionären Marxismus. Gegenwärtig ist er in voller geistiger und körperlicher Frische als Direktor der Bundesschule des FDG in Bernau tätig. Tausende von Funktionären aus der alten und jungen Generation schöpften ihr Wissen aus seinen Kursen, Lehrgängen und Schriften und gedenken mit Dankbarkeit des bewährten marxistischen Lehrers, wünschen ihm noch zahlreiche weitere erfolgreiche Jahre der Aktivität, die alle an ihm stets bewundert haben.

Selten ist es jemandem vergönnt gewesen, seine Arbeitskraft und sein Wissen in der Arbeiterbewegung folgerichtig ein langes tätiges Leben hindurch auf ein Gebiet so zu konzentrieren, wie es Genosse Duncker tat. Er war von Anfang an im besten Sinne des Wortes Lehrmeister des Marxismus und ist es bis heute geblieben. Sein Name ist mit der Vermittlung und der Verbreitung der Lehren von Marx und Engels in der deutschen Arbeiterbewegung unlöslich verbunden.

Am 24. Mai 1874 in Hamburg geboren, gehörte er seit seiner Jugend der Arbeiterbewegung an, mit der er Anfang der 90er Jahre zuerst durch die Arbeiterbildungsvereine in Leipzig in Berührung kam. Durch das Vertrauen der Leipziger Arbeiterschaft leitete er seit 1903 das dortige Arbeitersekretariat und war gleichzeitig als Journalist an der von Rosa Luxemburg und Mehring geleiteten "Leipziger Volkszeitung" tätig. Der sozialdemokratische Parteivorstand erkannte bald seine ausgezeichneten pädagogischen Fähigkeiten und marxistischen Kenntnisse. Das von Wilhelm Pieck geleitete Bildungssekretariat berief den 33-jährigen 1907 zum Lehrer. Die Einringlichkeit, Sinfachheit und Klarheit seiner marxistischen Kurse haben ihn zu einem in ganz Deutschland beliebten Lehrer gemacht. Bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges, 7 Jahre lang hat er in dieser Eigenschaft in der Vermittlung der marxistischen Lehren, des historischen Materialismus und der Geschichte der Arbeiterbewegung Hervorragendes geleistet.

Bei Ausbruch des 1. Weltkrieges stand Genosse Duncker mit Liebknecht, Luxemburg, Mehring und Wilhelm Pieck im Lager der marxistischen Linken, wurde Mitbegründer des Spartakusbundes, an dessen Kampf er sich auch als Mitverfasser von Spartakusbriefen betätigte, und später der KPD. Die Novemberrevolution 1918 findet ihn in den Reihen der (+) Berliner Arbeiter. Für seine revolutionäre Tätigkeit wird er verfolgt und auch ins Gefängnis geworfen.

Nach seiner Freilassung nahm er in den 20er Jahren in der KPD seine Schulungstätigkeit als Lehrer wieder auf. Er war Begründer der Marxistischen Arbeiterschule in Berlin, die sich mit dem abgekürzten Namen "Masch" unter seiner Leitung bald allgemeiner Beliebtheit und Popularität erfreute. Aus ihr gingen zahlreiche Arbeiterfunktionäre mit einer marxistischen Bildung hervor, die sie in führende Stellungen der Arbeiterbewegung brachte.

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Zum 75. Geburtstag des Genossen.... - 2 -

Neben seiner Lehrtätigkeit widmete sich Gnosse Duncker mit unermüdlichem Eifer der Herausgabe und Erläuterung der wichtigsten Grundschriften des Marxismus und der Abfassung von Leitfaden und Lehrbüchern der marxistischen Lehren für die junge Generation.

Als Verfechter des revolutionären Marxismus war er der deutschen Reaktion verhasst. In der Nacht nach dem Reichstagsbrand wurde er von den Nazis verhaftet und ins Konzentrationslager gebracht. Nach seiner Entlassung floh er 1936 nach Dänemark; sein Weg führte ihn nach England später nach Frankreich, von wo er sich 1940 vor den Nazis nach Amerika gerettet hat.

Als 73-jähriger kehrte er 1947 aus Amerika nach Deutschland zurück, um sich trotz seines schweren Augenleidens dem demokratischen Aufbau und der Arbeiterbewegung in Deutschland wieder zur Verfügung zu stellen. In zahlreichen Kursen nahm er seither als geschätzter Lehrer des Marxismus seine Tätigkeit sofort wieder auf, wurde zugleich von der Universität Rostock zum Professor berufen. Seit Beginn dieses Jahres ist er als Direktor der Bundesschule des FDGB in Bernau tätig.

(G.Kr.)

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949

Stimmen des Auslandes

Wirtschaftskrieg zwischen Marshall-Ländern
(PD)

Die Beziehungen zwischen Frankreich und der Schweiz sind gespannt. Finanzzeitungen sprechen bereits von einem "kalten Wirtschaftskrieg". Seit dem 1. Mai ist der französisch-schweizer Handelsaustausch vollkommen eingestellt. Am 15. April wurden nach mehrwöchigen Bemühungen die Beziehungen abgebrochen. Die Regierungen Frankreichs und der Schweiz konnten sich über die Fragen des Imports und Exports nicht einigen. Infolgedessen können die französischen Fonds in der Schweiz nicht mehr nach Frankreich zurücküberwiesen werden. Als "Repressalie" wird der Schweizer Frank seit Anfang des Monats nicht mehr an der Pariser Börse gehandelt.

Bemerkenswert ist, dass beide Länder Mitglied der Organisation der Europäischen Wirtschaftlichen Zusammenarbeit, einer Organisation im Rahmen des Marshallplanes, sind. Das ist ein schönes Beispiel für die "Zusammenarbeit" der kapitalistischen Staaten.

Es gibt noch andere Beispiele. Das Problem der französisch-belgischen Beziehungen ist immer noch nicht gelöst. Zu Beginn dieses Jahres haben sich diese Beziehungen derartig verschärft, dass Frankreich vom 1. Januar bis zum 1. April jegliche Käufe in Belgien eingestellt hat. Seit dem 23. März werden Verhandlungen zwischen Brüssel und Paris hingeschleppt.

Spaak hat übrigens noch andere Sorgen. Die Benelux-Länder (die Zollunion zwischen Belgien, Holland und Luxemburg), die die Marshallleute als Vorbild hinstellen, haben ernsthafte Schwierigkeiten. Belgische Industrielle sind über die holländische Konkurrenz in gewissen Geschäftszweigen verärgert. In anderen Fällen sind es die Holländer, die sich beklagen. Und die Krise droht in beiden Ländern immer mehr.

Die Vereinigten Staaten und Gross-Britannien befinden sich im Kampf um die Eroberung der Weltmärkte. Kürzlich sind sie wegen des argentinischen Marktes aneinandergeraten. Als Gegenlieferung für Fleisch hatte England Argentinien Waren versprochen, die es augenblicklich in den Vereinigten Staaten kauft. Die amerikanische Regierung ist eingeschritten und der Handel konnte nicht abgeschlossen werden. Das Ergebnis ist, dass die Fleischration in England noch mehr herabgesetzt wurde. Außerdem zanken sich Frankreich und Argentinien um den englischen Getreidemarkt.

Das sind erhebliche Schwierigkeiten der letzten Tage, die zwischen den Marshall-Ländern bestehen. In Frankreich wirkt sich das in der Arbeitslosigkeit, im Defizit der Eisenbahnen, (da gleichzeitig mit dem Export auch die Transporte zur Grenze verringert wurden), durch Not und Elend aus. Vor dem Kriege war Belgien Frankreichs grösster Kunde und die Schweiz der zweigrösste.

Das sind nur einige Beispiele, die zeigen, wie die Wirtschaft der Marshall-Länder von neuem wird zugunsten des amerikanischen Imperialismus.

(Aus "L' Humanité" vom 7.5.49)

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 2 -

Sklavenhandel in Bad Kissingen
(PD)

Im Kurhaus von Bad Kissingen ist der Sitz der Internationalen Flüchtlingsorganisation, der IRO, wie sie die Amerikaner nennen. Das feudale Hotel ist zum Empfang der zahlreichen Gäste aus Übersee luxuriös ausgestattet. Die Vertreter der Länder Südamerikas, Kanadas, Australiens, der USA, Englands, Belgien, reisen hierher, wie in der guten alten Zeit die Sklavenhändler die Sklavenmärkte besuchten. Sie kommen hierher mit dem einen Ziel, Menschen zu werben, verhungerte, verehelichte und verängstigte Menschen, die in den Lagern für verschleppte Personen leben, zu günstigen Preisen zu kaufen. Für England werden Geschirrspülerinnen und Waschfrauen, für Brasilien Landarbeiter für Kaffeefeldern, für Kanada Holzfäller, für Australien Küchenmädchen und Erdarbeiter gesucht.

Vor kurzem erschien in Bad Kissingen noch eine Gruppe von Sklavenhändlern - Arbeiterwerber aus Neuseeland. Auch sie wurden angezogen von der Möglichkeit, billige Arbeitskräfte anzuwerben. Zu Ehren der Ankunft der neuen Klienten wurde von den leitenden Mitarbeitern der IRO ein Bankett im Kurhaus veranstaltet. Zwischen feierlichen Toasten wurden geschäftliche Angelegenheiten erledigt. Die Neuseeländer interessierten sich für eine grössere Partie lebender Ware. Für den Anfang wollten sie tausend Landarbeiter und 200 Kinder slawischer Herkunft haben, die mit Hilfe der IRO von den englisch-amerikanischen Behörden in verschiedenen "Kinderheimen" und Armenhäusern versteckt waren. Am nächsten Tag, als das Abkommen unterzeichnet war, besuchten die Neuseeländer die verschiedenen Lager, um sich die Arbeitskräfte auszusuchen.

Allein nach offiziellen Angaben wurden nur aus der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands in die verschiedenen Länder bereits ca. 200 000 verschleppte Personen überführt, davon 12 000 nach Australien, 23 000 nach Kanada, 30 000 nach Belgien, 36 000 ungelerte und Landarbeiter nach den USA.

Mit dieser Anwerbung verfolgen die Sklavenhändler das Ziel, eine Streikbrecherarmee zu schaffen, auf die Werktagen ihres Landes einen politischen und wirtschaftlichen Druck auszuüben, den Lohn zu senken. Als Beispiel kann uns Belgien dienen. Dieses Land, in dem jeder siebente Arbeiter arbeitslos ist, hat 30 000 ausländische Arbeiter eingeführt. Diese Arbeiter, die hauptsächlich in den Bergwerken beschäftigt werden, bekommen nur die Hälfte des Lohnes eines belgischen Arbeiters und dürfen im Laufe einiger Jahre den Betrieb nicht verlassen.

(Aus der "Prawda" vom 29.4.49)

Nur Dollar retten Franco
(von Charles Duff, London)

(PD)

Wenn Franco dieses Jahr nicht 1 Milliarde Dollar aus den USA erhält, so ist ein wirtschaftlicher und finanzieller Zusammenbruch Spaniens nicht nur wahrscheinlich, sondern so gut wie sicher. Franco will im Moment 250 Millionen Dollar und das Versprechen, dass der Rest bald folgt. Die USA sind seine einzige Hoffnung. "Chase National Bank" hat Franco bereits die Summe von 25 Millionen Dollar geliehen und er soll nächstens noch weitere 100 Millionen Dolari erhalten.

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 3 -

Die Kräfte der Opposition in Spanien haben erkannt, dass sie sich nur auf sich selbst verlassen können und in allen Teilen des Landes hat es offene Demonstrationen gegen Franco und sein Regime gegeben. Es ist zu Gewalttätigkeiten in Barcelona und zur Gefangenennahme republikanischer Spanier sowie zu noch grösseren Unterdrückungsmaßnahmen seitens des Franco-Regimes gekommen. Dass das Regime in Todesängsten vor den Kräften der Opposition schwiebt, geht sogar aus kürzlichen Verlautbarungen des offiziellen francistischen Rundfunks hervor. Zum ersten Mal hat der offizielle Sender Francos sich genötigt gesehen, detaillierte Antworten auf die Sendungen des oppositionellen Senders "Espana Independiente" (Unabhängiges Spanien) zu geben.

Überall herrscht Hunger, Verbitterung und unterdrückte Wut. In Barcelona mussten vor einem Monat die Polizei und das Militär einen "Sicherheitsgürtel" um einen ganzen Bezirk ziehen, weil es den Anschein hatte, dass dieser zur offenen Rebellion schreiten würde. Sowohl das Volk als auch das Regime wissen, dass ein derartiges Ereignis den latenten Explosivstoff, der sich im Volke angesammelt hat, zur Explosion bringen würde.

Nach einer längeren Periode der Ruhe, die zum grossen Teil auf die fürchterlichen Repressalien des Franco-Terrors zurückzuführen war, ist die illegale Presse zu neuer, erhöhter Aktivität erwacht; über 50 illegale Zeitungen und ebenso viele illegale Sender sind jetzt im Lande tätig. Die sich ständig erhöhenden Lebenshaltungskosten, der allgemeine Mangel und der verheerende Schwarzmarkt sowie die Korruption geben der Opposition reichliche Kampfesmöglichkeiten. Franco hat zur Zeit mehr Grund zur Furcht, als zu irgendeinem Zeitpunkt seit seinem Machtantritt.

(aus "National Guardian", Zeitung der Wallace-Partei, vom 4. April)

Minh
Ho Schi, der wahre Vertreter Vietnams

(PD)

Die Kämpfe in Vietnam gehen weiter. Der von der französischen Regierung eingesetzte Marionettenkaiser Bao-Dai und der Präsident seiner Regierung, General Xuan, verhandeln augenblicklich über die Verfassung, die dem Volk Vietnams aufgezwungen werden soll. Xuan ist keineswegs optimistisch. "Ich glaube nicht, dass es zum Frieden kommen wird, ehe das französisch-vietnamesische Abkommen konkretisiert wird", erklärte er kürzlich.

Dieses "Abkommen" ist aber ein wertloses Papier, das von Bao Dai, der in keiner Weise das vietnamesische Volk vertritt, unterzeichnet wurde. Es ist klar, dass der Frieden auf diese Weise nicht hergestellt werden kann. Nur Verhandlungen mit der nationalrevolutionären Regierung Ho Schi Minh könnten zum Frieden führen. Davon sind selbst Bao Dai und seine Freunde überzeugt. Sie sprechen sogar von der Möglichkeit, Ho Schi Minh einen Platz in der Regierung anzubieten. Dies ist ein Eingeständnis, dass sie sich über den Einfluss, den Ho Schi Minh in Vietnam hat, im klaren sind.

Radio Vietnam hat seiner Empörung über die Grausamkeiten Ausdruck gegeben, die von dem französischen Expeditionskorps gegen Bewohner Vietnams, besonders die chinesische Abstammung, verübt werden. Es hat zugleich chinesischen Gemeinden für ihre finanzielle und materielle Hilfe gedankt.

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 4 -

Zur Information
=====

Aus dem Wahlprogramm der Vaterländischen Front in Bulgarien
(PD)

Die Wahlen in die Volksräte sind ein neuer Schritt zur weiteren Festigung der Macht der Werkätigen in Bulgarien. Die Volksräte sind ein wichtiges Glied, ein unzertrennbarer Bestandteil des Staatsapparates der Volksrepublik Bulgarien. Sie sind die lokalen Organe der Staatsmacht, Vertretungen der werkätigen Bevölkerung und werden durch direkte, allgemeine und geheime Wahl gewählt. Durch die Volksräte wird die Durchführung der einheitlichen Staatspolitik gesichert, die entsprechend den lokalen Verhältnissen verwirklicht wird. Die Volksräte setzen die Politik des Staates durch die Initiative der werkätigen Massen in die Tat um. Die Volksräte konzentrieren in sich die Hauptzweige unserer lokalen Staatsverwaltung, sie bringen die direkten Interessen der örtlichen Bevölkerung auf dem Gebiet der Wirtschaft und des Aufbaus, das sozialen und kulturellen Lebens, der Bildung und des Gesundheitsschutzes usw. zum Ausdruck. Von ihrer Tätigkeit hängt die erfolgreiche Lösung aller Aufgaben lokaler oder allgemeiner Bedeutung in ihrem Tätigkeitsgebiet ab. Von diesen Volksräten hängt es ab, ob die Schule, das Theater, der Kindergarten oder der Park erneut werden, sowie die Durchführung aller anderen lokalen gemeinnützigen Maßnahmen. Von ihnen hängt im bedeutenden Maße die erfolgreiche Erfüllung des fünfjährigen Planes ab.

In der bürgerlichen Demokratie war die kommunale "Selbstverwaltung" eine Maske, unter der die kapitalistischen Cliquen die Mittel und Hilfsquellen der Gemeinde für ihre egoistischen Ziele ausnutzten. Die Bourgeoisie gab der werkätigen Schicht des Volkes praktisch nie die Möglichkeit, an der Verwaltung des Staates teilzunehmen. Die Volksdemokratie schafft lokale Räte, die Organe des Volkes selbst darstellen, direkt von ihm ausgehen und unter seiner direkten Kontrolle handeln. Die Volksräte, als Organe der lokalen Staatsmacht, verkörpern mit der aktiven Unterstützung der politischen und gesellschaftlichen Organisationen, die mit den Millionen werkätiger Wähler verbunden sind, die einheitliche Politik des volksdemokratischen Staates. Sie sind aufs engste mit den Millionen werkätigen Wählern verbunden und stützen sich auf die breite schöpferische Initiative des ganzen Volkes.

(Aus dem Informations-Bulletin Nr. 3 März 1949 des ZK der Kommunistischen Partei Bulgariens)

E-n.

Krise in Trizonien

(PD)
Unter dieser Überschrift berichtet die englischen Wochenschrift "New Statesman and Nation" in ihrer Nummer vom 7. Mai u.a.:

"...Die wirtschaftliche Lage verschlechtert sich in Westdeutschland katastrophal. Die Schaufenster sind angefüllt... aber die Arbeitslosigkeit hat bereits 10% erreicht; der Warenaumsatz nimmt ständig ab, die Bautätigkeit ruht, während die Arbeiter des Ruhr- und Rhein-

Pressedienst
(PD)

18. Mai 1949
Stimmen des Auslandes - 5 -

landes noch immer in Kellern hausen; die Auftragsbücher der Fabriken sind nicht mehr voll und sogar die inländische Nachfrage nach Bau-
stahl der Ruhr nimmt ab. Wie wir seinerzeit voraussagten, hat die Währungsreform das Misverhältnis in der Verteilung der Güter noch besonders unterstrichen; derzeitige Schätzungen ergeben, dass nur 60% der Bevölkerung in der Lage sind, die ihnen zustehenden Rationen an Lebensmitteln zu kaufen. Die Lage ist durch eine Politik der Deflation noch erschwert worden, die Kaufkraft der Massen sinkt weit schneller als die Preise. Beobachter der Lage sind sich darüber einig, dass zwischen den heutigen und den Verhältnissen der zwanziger Jahre eine erschreckende Ähnlichkeit besteht... Es ist dieselbe bittere Enttäuschung seitens der Arbeiter und dieselbe kaltblütige Gleichgültigkeit seitens der kleinen Gruppe von Wohlhabenden zu verzeichnen.
(G.G.)